

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugsh. 3 M. u. Kreuzh. 4 M. viertel. Schriftl. u. Geschäftstf.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Fipr.: 44 28 86. Postfch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
46. Jahrgang Hamburg, 5. November 1932 Nummer 45

Bedrohliche Zunahme der Berufsangehörigen im Maler- und Lackiererhandwerk

Bei Beginn der Verhandlungen anlässlich der diesjährigen zentralen Lohnbewegung in unserm deutschen Malergewerbe hat ein prominenter Vertreter des Reichsbundes den Satz geprägt, „daß die berufsangehörigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in schicksalhafter Verbundenheit zusammengehören, die gegenwärtige Wirtschaftskrise gemeinsam tragen und gemeinsam zu überwinden bestrebt sein müssen“. Die besondere Betonung des Vorhandenseins gemeinsamer Interessen hat den Reichsbund dann allerdings nicht gehindert, mit allem Nachdruck darauf zu drängen, daß der Lohn noch ganz erheblich mehr abgebaut werden müsse. Das erstere war gewissermaßen ein ideales Zugeständnis, das ohne alle Unkosten gemacht werden konnte. Bedenklicher war schon der Anspruch, daß der Lohn „wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht“ zu gestalten sei. Daß man durchaus auch das reale Moment in Rechnung zu stellen gewillt war, zeigt der sehr dringlich und oft wiederholte Hinweis, daß ein sehr großes Ueberangebot an verfügbaren Arbeitskräften vorhanden sei und der immer noch geltende liberalistische Grundsatz: „Angebot und Nachfrage regeln den Preis“, ebenfalls eine weit erheblichere Lohnherabsetzung rechtfertige. Schließlich war die Tatsache, daß einzelne Landesverbände des Reichsbundes schon mit der Kündigung des alten Lohnabkommens eine besondere Umfrage nach der Zahl der organisierten Gehilfen durchgeführt hatten, auch nicht gerade geeignet, davon zu überzeugen, daß man der sozialen Auffassung von den gleichgewichteten Interessen einen Vorrang vor den realen Machtverhältnissen einräumen gesonnen war. Wenn den Gehilfen dann trotzdem Konzessionen gemacht wurden, deren Umfang am besten an den ursprünglichen Absichten der Unternehmer zu ermessen ist, darf wohl daraus geschlossen werden, daß man unsere Organisation besser intakt gefunden hatte, als vordem vielleicht angenommen worden war. Denn was zuerst als Höchstmaß des Entgegenkommens an die Lebensnotwendigkeiten der Arbeitnehmer angesehen war, zeigen die Lohnsätze, die vom Reichsbund während der tariflosen Zeit vorgeschrieben waren und für deren tarifliche Festsetzung seine Beauftragten bis zum endgültigen Schiedspruch unentwegt mit aller Beharrlichkeit gekämpft haben.

Nun ist die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unbestritten eine Frage der organisatorischen Stärkeverhältnisse. Die Schicksalsverbundenheit liegt auf ganz anderem Gebiet. Auf diesem harren viele und für das Gewerbe lebenswichtige Fragen ihrer Lösung, und es ist ganz zwecklos, eine Gemeinschaft da konstruieren zu wollen, wo sich die Interessen diametral entgegenstehen. In dieser Zeit größter wirtschaftlicher Bedrängnisse werden die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer in einem Maße betroffen, das eigentlich alle nur denkbaren Kräfte auslösen müßte, die irgendeine Abhilfe und Erleichterungen versprechen könnten.

Die dringlichste Aufgabe ist die Einschränkung der Heranbildung beruflichen Nachwuchses, um der bereits viel zu weit vorgeschrittenen Ueberfüllung unseres Gewerbes mit beruflichen Arbeitskräften entgegenzuwirken. Diese macht sich auch bei den Unternehmern und dort kaum weniger stark fühlbar. Den Grad der Ueberfüllung zahlenmäßig zu belegen, ist uns zur Zeit allerdings nicht möglich, da dazu keine Unterlagen vorhanden sind. Die letzte amtliche Volks- und Berufszählung liegt bis zum Jahre 1925 zurück, ist also etwa zu derselben Zeit durchgeführt worden, in der die Lehrlingszüchterei in unserm Gewerbe ihren Anfang nahm und unterdessen sowohl im Umfang wie auch in der Struktur und der Zusammenfassung des Maler- und Lackiererhandwerks so erhebliche Veränderungen herbeiführte. Es wurden damals in Deutschland 65 976 Arbeitgeber in selbständiger Stellung, also Betriebe und (einschließlich der Lehrlinge) 203 885, davon 7774 weibliche, berufsangehörige Arbeitnehmer gezählt. Davon entfielen 142 909 auf das Baualergewerbe und 60 976, darunter auch die 7774 weiblichen, auf das Lackiererhandwerk und die verschiedensten Zweige der Industrie. Darunter sind auch die Keramik-, Glas- und Porzellanmaler und andere Gruppen enthalten, die außer der Berufsbezeichnung mit dem eigentlichen Gewerbe nichts gemein haben. Nimmt man ihre Zahl — gering

geschätzt — mit etwa 25 000 an, bleiben rund 180 000 berufsangehörige Maler und Lackierer. Läßt man noch die Lackierer und in Industriebetrieben Beschäftigten außer Betracht, bleiben die 142 909 Arbeitnehmer des Baualergewerbes, die den Umfang des Malerhandwerks für 1925 genau umrissen darstellen. Um die unterdessen eingetretenen Veränderungen zu errechnen, fehlen uns zuverlässige Unterlagen über Zu- und Abgang. Es sei denn,

An die Mitglieder der Gewerkschaften! Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet Ihr wieder Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letzte Mal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die vorgehenden Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen rühmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern.

Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für Eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gehet Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie.

Berlin, 24. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

daß man bezüglich des Zuganges an die Feststellungen der sogenannten Handwerkerenquete von 1929 anknüpft, die in Deutschland rund 51 000 Malerlehrlinge ermittelt hat. Diese außerordentlich hohe Lehrlingszahl läßt die übermäßige Vermehrung ohne weiteres erkennen. Wir haben aber noch ganz erheblichen Zuwachs aus der heute so tief daniederliegenden Industrie erhalten. Zehntausende von Berufsangehörigen hatten in früheren Jahren die überaus unsicheren Arbeitsverhältnisse in ihrem erlernten Beruf, mit den alljährlich wiederkehrenden Arbeitslosigkeitperioden während der Wintermonate, gegen stabilere Erwerbsmöglichkeiten in der Industrie vertauscht und zum Teil dort auch Berufsarbeit gefunden. Die Mehrzahl von ihnen hat die Arbeit dort eingebüßt, ist infolge der Einschränkungen und Stilllegungen auch dort wieder aus dem Geflechte geworfen und hat sich wieder dem einstmalig erlernten Berufe zugewandt. Es geht ihnen wie zehntausenden Ausgelernter in den letzten Jahren: sie können keinen Erwerb finden. Auch den letzteren kann man die Schuld nicht zuschieben, wenn sie in der drei- bis vierjährigen Berufslehre nicht mit dem ganzen Wissen und Können ausgestattet wurden, das im Kampf um die Existenz nun einmal nötig ist. Wir können uns den Klagen vieler Unternehmer über ungenügende Leistungen vieler Ausgelernter ebensowenig anschließen, wie wir nicht aus vollem Herzen den Klagen über Schwarzarbeit zustimmen können. Zumindest nicht, soweit sich die Beschwerden auf gelegentliche Uebernahme eines Auftrages durch gelernte

Berufsangehörige beziehen. Sientemalen doch recht viele ältere und das Gewerbe seit Jahren betreibende Malermeister über erst kleinere, dann langsam vermehrte Pflanz- aufträge zu selbständigen Unternehmern geworden sind. Unsere prinzipiell jede Mehrarbeit ablehnende Einstellung und die unwiderlegliche Tatsache, daß unser Verband während seines fast fünfzigjährigen Bestehens immer dagegen angekämpft hat, gibt uns das Recht, daran zu erinnern, daß anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen das beste Mittel sind, Pflanz- und Schwarzarbeiten zu verhindern. Den Mißständen wird jedenfalls nicht entgegenwirkt, wenn die Zahl der Anwärter auf Berufsarbeit auch jetzt und weiterhin durch Fortsetzung der Lehrlingszüchterei zum Schaden des ganzen Gewerbes unausgesetzt vermehrt wird.

In vorstehendem ist schon vermerkt, daß es nicht möglich ist, die Veränderungen im Umfang unseres Gewerbes zahlenmäßig zu belegen. Nun legt der Ausbau und die ständig notwendige Ueberwachung des Tarifwesens unserm Verbande die Verpflichtung auf, die hier vor sich gehende Bewegung dauernd zu beobachten. Zu diesem Zweck wird alljährlich eine Umfrage über die Zahl der Orte, der Betriebe und der beruflichen Arbeitnehmer veranstaltet, auf die sich der Geltungsbereich der zentralen und örtlichen Tarifverträge unseres Gewerbes erstreckt. Die Ergebnisse werden alljährlich unter der Rubrik „Lohn- und Tarifbewegungen“ in den Jahrbüchern des Verbandes veröffentlicht. Sie stellen einen Teil des Rechenschaftsberichtes dar, den der Verband über seine Tätigkeit den Mitgliedern unterbreitet. Da nun in diesem Jahre eine beträchtliche Zahl neuer Orte in das Tarifverhältnis einbezogen wurde, darüber hinaus aber auch eine Klärung anderer Fragen erforderlich schien, war es angebracht, die Erhebung über den sonst üblichen Rahmen hinaus auszudehnen. Die Umfrage wurde am 1. Juli durch besondere Fragebogen vorgenommen und so gründlich durchgeführt, wie es der Apparat unserer Organisation nur möglich machte. Im Gegensatz zu früheren Jahren, wo die Filialen und Bezirke zur Berichterstattung aufgefordert wurden, haben wir uns direkt an die einzelnen Lohngebiete, als die eigentlichen Zellen unseres Tarifwesens, gewandt. Dazu hat uns der Umstand veranlaßt, daß sich der Geltungsbereich der einzelnen Lohngebiete mit der Interessensphäre der Filialen und Zahlstellen zum Teil überschneidet und so eine Erfassung des immerhin recht erheblichen Personenkreises nicht gerade erleichtert. Bei der Fragestellung hat man sich auf konkret umrissene Punkte beschränkt, um sich der Auffassungsgabe auch der Kollegen in den kleinen Zahlstellen anzupassen, die erstmals mit statistischen Feststellungen betraut wurden. Durch Einordnung von Kontrollfragen war die Möglichkeit gegeben, etwa unterlaufene Fehler leicht zu erkennen und durch Rückfragen richtigstellen zu können.

Die Durchführung darf als voll gelungen und das Resultat als absolut zuverlässig bezeichnet werden. Es sind 799 Fragebogen eingegangen, also sämtliche Lohngebiete unseres Tarifwesens — soweit sie das Malergewerbe betreffen — erfasst worden. Der Wert der Feststellungen wird dadurch erhöht, daß die gemeldeten Zahlen vielfach auf Angaben amtlicher Stellen beruhen. Ihnen allen sei unser Dank ausgesprochen, daß sie sich den Bemühungen unterzogen haben, durch Auszüge aus ihren Mitgliedsverzeichnissen oder Journal-Listen zu der Klärung dieser bevölkerungspolitisch, sozialen und gewerbeteknisch wichtigen Fragen Hilfe zu leisten. Es sei hier nur nebenbei erwähnt, daß auch interessante Einzelheiten über das Lackierergewerbe ermittelt wurden.

Nach dem Abschluß der diesjährigen Lohnbewegungen bestanden im deutschen Maler- und Lackiererhandwerk 799 Tarifverträge, die sich auf 7134 Orte mit 42747 Malerbetrieben und auf insgesamt 122067 berufliche Arbeitnehmer erstreckten. Daß von den nach Abzug von 28746 Lehrlingen verbleibenden 93321 Gehilfen am Tage der Erhebung (1. Juli 1932) nur 19155 oder 20,5 % der Gehilfen in Arbeit standen, ändert nichts daran, daß auch die 74166 oder 79,5 % arbeitslosen Gehilfen als den Tarifen unterstehende Arbeitnehmer angesehen werden. Ihre Zahl sei in diesem Zusammenhang nur erwähnt, um auch hier die

wirtschaftlich doch außerordentlich ungünstige Lage der beruflichen Arbeitnehmer zu betonen. Ist die Zeit der Erhebung, Mitte des Sommers, doch eigentlich die Saison oder günstigste Jahreszeit für unsern Beruf, in der unter nur einigermaßen normalen Verhältnissen überflüssige Arbeitskräfte nicht vorhanden sein dürften. Betrachtet man die ermittelten Gesamtzahlen im Verhältnis zu den Nachweisungen der Volks- und Berufszählung von 1925, so ergibt sich, daß 65 % der damals gezählten Betriebe, aber mehr als 85 % der 142 909 beruflichen Arbeitnehmer des Baualtergewerbes erfasst wurden. Nun erstreckt sich unsere Erhebung nur auf die in unsere Tarifverträge einbezogenen Gebietsteile. Sie beweist aber, wenn auch ganz roh an den Ergebnissen von 1925 gemessen, daß die Zahl der Arbeitnehmer im Verhältnis zu den Betrieben um gut ein Fünftel des früheren Standes zugenommen hat. Doch stellen wir vorerst den Anteil der einzelnen Tarifgruppen, Reichstarifvertrag, rheinisch-westfälischer bzw. schlesischer Landestarif und östlicher Tarife, an dem Gesamtergebnis dar. Danach entfallen:

Tarifgebiet	Betriebe	Orte	Betriebe	Arbeitnehmer		
				Lehr-linge	Ge-hilfen	Zu- sammen
Reichstarifvertrag	663	6890	32 172	21 784	69 937	91 721
Rhein.-Westf. L.-T.	60	76	6 663	4 009	15 210	19 219
Schlesischer L.-T.	60	112	2 244	1 594	4 747	6 341
Ostliche Tarife...	16	56	1 668	1 359	3 427	4 786
Zusammen...	799	7134	42 747	28 746	93 321	122 067

Ein Vergleich der Endzahlen dieser Uebersicht mit dem Stand der Malertarife am Ende des vorigen Jahres (siehe Jahrbuch 1931) zeigt, daß noch 43 weitere Lohngebiete in das Tarifverhältnis eingetreten sind und eine Erweiterung des Umfangs um 952 Orte, 2391 Betriebe und 1729 berufliche Arbeitnehmer erfolgt ist. Die Zahlen beweisen, daß es sich dabei um vorwiegend kleinere Orte, das heißt rein ländliche Gebiete, handelt, die den zahlenmäßigen Umfang nur unerheblich zu beeinflussen vermochten. Denn die Zahl der neu hinzugekommenen Arbeitnehmer mit nur 1729 erscheint gegenüber den 952 Orten doch außerordentlich gering. Eine Erklärung dafür findet sich, wenn man hinzusetzt, daß sich der Zugang an Gehilfen auf 5137 beziffert, also etwa 6 % beträgt und mit der Vermehrung der Betriebe Schritt gehalten hat. Die Differenz ist auf einen Rückgang der Lehrlingszahl um 3408 oder etwas über 10 % zurückzuführen. Ein Vorgang, der in der Tatfrage genügend begründet sein dürfte, daß infolge dauernder Verminderung der Aufträge vielfach auch Lehrlinge aussetzen mußten und wegen der langen Dauer dieses unerfreulichen Zustandes manches Lehrverhältnis unterbrochen wurde. In zahlreichen Fällen war wegen der Fortdauer keine Möglichkeit gegeben, die Lehrlingsausbildung in dem bisherigen Umfang weiter zu betreiben.

Die Veränderungen in der Struktur und im Beschäftigungsgrad der Betriebe werden in einem weiteren Abschnitt beleuchtet werden.

Verständnis für die Jugend

Junge Menschen sind überheblich! Das stellt — gesehen wir es ehrlich ein — jede alte Generation fest. Jede Generation fügt aber noch hinzu, daß gerade die jetzige Jugend besonders zur Überheblichkeit neige, daß sie Ehrfurcht vor dem Alter nicht kenne, sich den Erfahrungen gereifter Menschen verschließen, auf Geleistes mit Verachtung blicke, nur sich in den Vordergrund rücke und allein die Welt aus den Angeln heben wolle. Mancher sieht das, denkt an seine Jugend, lächelt verständnisvoll und vertraut auf die Zeit und das Leben, die dieser Jugend den Stempel aufdrücken werden. Mancher wird aber verärgert, weil er sich zurückgedrängt fühlt, sich ungerecht beurteilt glaubt und weil er — fälschlicherweise — annahm, es sei möglich, gemachte Lebenserfahrungen an junge Menschen wie Bücherwissen weiterzugeben.

Auch die heutige Jugend wird mit scheelen Augen an-

Ein proletarischer Kampftag

Wirtschaftlich hat der Kapitalismus einen fürchterlichen Niedergang erlitten. Leerstehende Fabriken, erloschene Schöte, das Riesengeheer der Erwerbslosen künden davon. Politisch jedoch hat er es verstanden, sich eine Machtposition neu zu schaffen. Die Kreise, die 1918 zitternd in den Mauerschern saßen, recken wieder das Haupt und wittern Morgenluft. Die vom Kapitalismus bezahlten und mit primitiv-sozialistischen Phrasen verhetzten Massen nationalsozialistischer Wähler, die durch politisches Intrigenspiel an die Regierung gelangten Kreise, deren einzige Daseinsberechtigung auf den Bajonetten der Reichswehr beruht, zeugen von der derzeitigen politischen Machtposition des Kapitalismus. Allen diesen Mächten zum Trotz, wollen wir den Tag des Proletariats, den neunten November, festlich begehen.

An diesem Tag laßt uns die Macht der Klasse erleben.

Ansporn soll uns der Tag sein!

Für weiteren Kampf! Er ist noch lange nicht zu Ende gekämpft, wir stehen erst am Anfang.

Jedem muß bewußt werden, wie stark die proletarische Klasse ist, und welche Macht sie heute schon in der bürgerlichen Klassengesellschaft hat. Mag es auch wenig sein im Hinblick auf das ferne Endziel, es ist aber auch schon viel im Hinblick auf die starken Positionen der bürgerlichen Gesellschaft, die jäh, rücksichtslos jede ihrer kleinsten Positionen verteidigt und dem Proletariat am liebsten jedes Recht nehmen möchte.

Man verachtet, rechtlos geschlagen, in zehntausendjähriger Fronarbeit, ausgebeutet, kein Recht, keinen

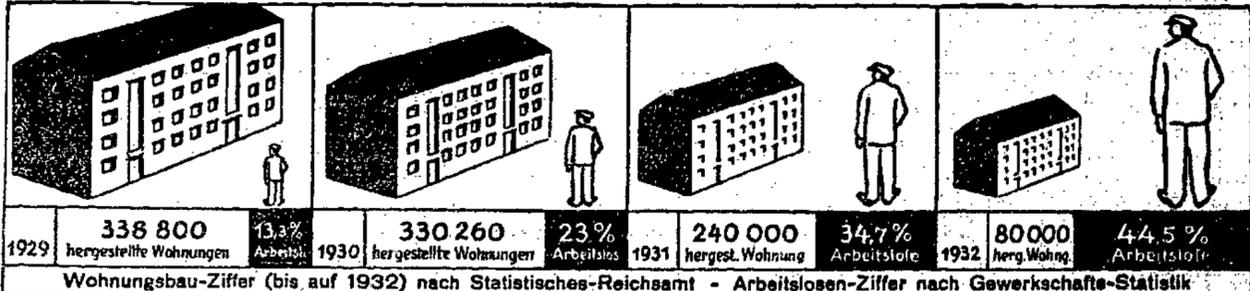
Wapens falsche Wohnungspolitik verschärft die Arbeitslosigkeit

Die Hausbesitzer behaupten, es wäre ein Ueberfluß an Wohnungen vorhanden, deshalb müsse mit dem Wohnungsbau Schluss gemacht werden. Der Wapen-Regierung liegt viel am Wohlwollen der Hausbesitzer und ihres Anhangs, deshalb hat sie diesen Forderungen nachgegeben. Dem Wohnungsbau ist seitens der Regierung der Todesstoß veretzt worden.

Haben wir einen Ueberfluß an Wohnungen? Nein. Es fehlen mindestens 500 000 Wohnungen, in erster Linie Wohnungen für die Arbeiterschaft. In den letzten Jahren ist die Gründung von mindestens 200 000 Haushaltungen mit Rücksicht auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse unterblieben. Die Ueberfüllung eines Teils der vorhandenen Wohnungen wird dadurch immer stärker. Für die nächsten Jahre werden nach den Vorausberechnungen des Statistischen Reichsamts Wohnungen gebraucht:

Jahr	Für wachsende Haushaltungen	Für den Ersatz v. Altmwohnungen	Insgesamt in dem Jahr
1931—1935	250 000	30 000	1 400 000
1936—1940	190 000	30 000	1 100 000
1941—1945	85 000	90 000	875 000
1946—1950	100 000	190 000	1 450 000

Für das laufende Jahrzehnt werden daher für Zuwachs an Haushaltungen 2,4 Millionen, zur Befriedigung



des subjektiven Wohnungsbedarfs 500 000 und für den laufenden Abbruchbedarf 200 000, insgesamt 3 100 000 Wohnungen benötigt. Das bedeutet, daß jährlich mindestens 300 000 Wohnungen gebaut werden müssen, und zwar zehn Jahre lang.

Die Gewerkschaften haben sich von jeher für die Förderung des Wohnungsbau eingesezt. Durch ihr fortgesetztes Drängen ist es gelungen, allein in den Jahren 1928 bis 1930 eine Million neue Wohnungen zu erstellen.

Der Wohnungsbau ist in zweifacher Hinsicht nötig: einmal, um der Wohnungsnot und dem Wohnungselend zu steuern, da unter diesen Erscheinungen die arbeitende Bevölkerung besonders leidet. Zum andern, weil der Wohnungsbau im erheblichem Umfang Arbeitsgelegenheit bietet. Arbeitsgelegenheit nicht nur für das Baugewerbe und die Baunehengewerbe, sondern auch

gesehen. Sie steht im Geruch, radikal zu sein, kritisch zu urteilen und hemmungslose Forderungen zu erheben. Zu einem Teil stimmt das, zu einem andern nicht. Arbeitslose, nichtorganisierte Jugend ist radikal, kritisch und hemmungslos, denn ihr fehlt der Maßstab für die Leistung. Würde sie im Betrieb stehen und täglich die Ueberlegenheit erfahrener Berufsarbeiter in der Arbeit spüren, so wäre sie schnell kuriert. Würde sie in gewerkschaftlichen Organisationen sein und gewerkschaftliche Kleinarbeit kennen, so stellte sich auch in dieser Richtung bald ein Anerkennen der Leistung ein. Bei in Arbeit stehender, gewerkschaftlich organisierter und in Jugendabteilungen geschulter Jugend sind Radikalismus, Kritik und Hemmungslosigkeit zwar auch zu finden. Sie bewegen sich aber in Bahnen, die keineswegs ungewöhnlich sind, wenn man das Alter dieser Generation und die Krisenzeit berücksichtigt.

Was ergibt sich aus dem Gesagten? Wir müssen für die junge Generation Verständigung aufbringen. Es ist kein Vorzug und kein Fehler, jung zu sein. Es ist kein Jammer, in jungen Jahren noch nicht mit der Berufsmacht des Alters ausgerüstet zu den Tagesereignissen

für die Baustoffindustrien wie Sägewerke, Ziegeleien, Steinbrüche und Zementfabriken. Bei der Einrichtung von Wohnungen werden Möbel, Gardinen, Leppiche, Bilder, Beleuchtungskörper, Haushaltsartikel usw. benötigt. Die gesamte Wirtschaft profitiert also davon. Durch den Wohnungsbau könnte gerade in der Krise der Arbeitsmarkt sehr erheblich entlastet werden. Wie stark der Arbeitsmarkt in der Vergangenheit dadurch günstig beeinflusst worden ist, geht aus der Gegenüberstellung der neuerbauten Wohnungen und der Arbeitslosenziffern in den letzten Jahren (Rißsee) hervor.

Die Regierung redet fortgesetzt von Arbeitsbeschaffung und versucht durch Steueranrechnungsscheine, durch Einstellungsprämien und durch Lohnkürzungen dieses Problem zu lösen. Sie hat aber durch ihre Maßnahmen eine starke natürliche Quelle der Arbeitsbeschaffung, den Wohnungsbau, verstopft. Warum? Weil sie das Geld für den Wohnungsbau aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer zum Teil für andere Zwecke verwendet, zum Teil damit den Hausbesitzern große Steuergeschenke macht. Das Resultat dieser „nationalen“ Regierungskunst ist:

1. Verschärfung der Wohnungsnot, unter der hauptsächlich die arbeitende Bevölkerung leidet;
2. Steigerung der Mieten, die sich wiederum bei den Kleinwohnungen anwirkt, weil dort die Nachfrage am stärksten ist, und

3. Verschlechterung des allgemeinen Arbeitsmarktes und damit Rückgang von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen einerseits und stärkere Ausgaben für Unterhaltungen andererseits.

Ist der Wohnungsbau tatsächlich unproduktiv? Nein. Er ist produktiv, er ist volkswirtschaftlich notwendig. Aus dieser Erwägung fordern die Gewerkschaften nach wie vor Förderung des Kleinwohnungsbaus. Die Entwicklung der letzten Zeit hat die Richtigkeit ihrer Befürchtungen bei Einschränkung des Wohnungsbaues bestätigt. Die Wapen-Regierung verkennet die große Bedeutung des Wohnungsbaues für Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Volksgesundheit, sie magt den hier sich bietenden Ausweg aus der Krise nicht zu gehen, weil sie die Wünsche der organisierten Hausbesitzer zu respektieren hat. Unser Ziel ist die Förderung des Kleinwohnungsbaues als wichtige Voraussetzung für die Arbeitsbeschaffung.

Stellung zu nehmen. Es ist auch keine schauerliche Angelegenheit, wenn in organisatorischen Dingen Meinungsverschiedenheiten zwischen jung und alt bestehen. Harmonisieren denn die Eltern immer mit ihren heranwachsenden Jüngens und Mädels? Gewiß nicht! Und darum sehr nicht grau in grau, wenn das Jungvolk etwas fürwichtig zu sein scheint. Selbst vielmehr, es trotz der Krise und der Arbeitslosigkeit in die gewerkschaftlichen Organisationen und in die Jugendabteilungen zu bringen, damit die heute in den Betrieben ausfallende Erziehungsarbeit zum Gewerkschafter durch Bilden und Formen der jungen Kämpfer in den Jugendabteilungen vorgenommen werden kann.

Habt Verständnis für die Jugend! Seid Helfer und Berater! Glaubst nicht, sie betreuen zu müssen! Die Jugend braucht nicht Beschützer, die alles Geröll des Lebensweges beiseite räumen. Sie braucht Kameraden, die aufrecht und geradlinig sind, die vorbildlich als Gewerkschafter wirken, die Sozialisten sind. Werbt unter dem unorganisierten Jungvolk für die gewerkschaftliche Organisation! Werbt für den Besuch der Jugendberanstaltungen!

Schutz, mehr Vieh als Mensch, so wuchs das Proletariat im Laufe von nur fünf Jahrzehnten zu einer Macht heran, die heute schon anerkannt ist und gebieten wird, wenn die Millionen, die uns noch fern stehen, zu uns kommen!

Sie kommen zu uns. Wenn nicht heute, nicht morgen, so aber übermorgen, wenn der Kapitalismus noch machtvoller wird, neue Formen sucht, um zu existieren, und so seine Macht unterminiert durch Schaffung eines immer größer werdenden Proletariats. Heute noch gibt es Proletariat, die jenseits der Grenzen proletarischer Klassenfront stehen, morgen aber ziehen sie mit uns. Dann beginnt der Sturm der kapitalistischen Gesellschaft zu stürzen und zu brechen.

Was fehlt diesen Proletariern, die noch nicht so Klassenbewußt sind, um schon jetzt mit uns zu kämpfen? Das Bewußtsein der Klassenstärke.

Gibt es einen besseren Tag, um diese Klassenstärke nicht nur dem Gegner zu zeigen, sondern noch mehr dem Proletariat, der uns fern steht, als der neunte November, der Beginn der proletarischen Revolution? Dieser Tag darf nicht einfach gefeiert werden wie eine Schubertfeier, sondern muß erlebt werden als proletarischer Kampftag.

Das ist nicht so zu verstehen, daß nun die Arbeiter, die Proletariat, mit Machtmitteln die Fabriken erfürmen, Rathhäuser besetzen, Bürgerliche als Geiseln fangen, die Diktatur errichten und sich Sowjetrußland anschließen. Weder Putzsch noch Kleinrieg haben Sinn, wenn sie nicht notwendig sind und aus der Kampfsituation erwachsen. Gefährlicher Kampf ist leicht niederzuschlagen. Kommunistische Putzsch beweisen diese einfache Kampferkenntnis.

Eroberung der politischen und sozialen Macht!

Wenn aber der 9. November einen Sinn haben soll, dann nicht nur gutbürgerlich gefeiert mit Chorgesang und Rezitation. Auf die Straße müssen wir, einen mächtigen Demonstrationzug formieren, alle Arbeiter, Frauen, alles, was sich zur sozialistischen Arbeiterbewegung bekennt, muß heraus und deutlich zum Ausdruck bringen, der neunte November war nur Anfang, das Ende kommt erst, und was dazwischen liegt, ist der Kampf um die politische Macht. Wir sind stark, seht unsere Macht und lernt sie fürchten!

Das soll Sinn unserer Revolutionskundgebung sein! Eine gewaltige Feier.

Massen heraus!

Das Kampfbewußtsein gestärkt. Nicht gesagt, wir haben nichts erreicht, aber auch nicht, wir werden nichts erreichen, weil wir zu schwach sind! Falsch, wir sind stark und können vieles, alles erreichen, was wir wollen, wenn wir nur wollen.

Diesen Willen zum Wollen müssen wir wecken. Welcher Tag ist da geeigneter, diesen Willen zu stärken, zu wecken, als der Erinnerungstag an den Sieg des Proletariats über das Junkertum, über die Monarchie?

Der neunte November gibt uns Kraft, zu wollen und die Erkenntnis, daß wir stark genug sind, um das Gewollte zu erreichen.

Gewolltes, das jetzt erreichbar ist! Dafür laßt den neunten November proletarischer Kampftag sein!

Die Papen-Regierung gegen die Opfer der Arbeit

Nach den Erklärungen der jetzigen Regierung bei ihrem Amtsantritt darf der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sein. Deshalb hat die Regierung wohl auch als eine ihrer ersten Handlungen eine starke Kürzung der Unfallrenten vorgenommen. Die Renten für Unfälle, die sich in der Zeit vom 1. Juli 1927 bis 31. Dezember 1931 ereignet haben, sind um 15 %, die übrigen Renten, also auch die für künftig eintretende Unfälle, sind um 7 1/2 % gekürzt worden. Insgesamt ist unter Berücksichtigung, daß auch die sogenannten kleinen Unfallrenten — von weniger als 20 % der Vollrente — weggefallen sind, dadurch eine Ausgabensenkung von rund 90 Millionen Reichsmark jährlich bei den Trägern der Unfallversicherung eingetreten. Bei einer Gesamtausgabe für Entschädigungen von rund 347 Millionen Reichsmark im Jahre 1931 sind das über 25 %. Die Regierung hat sich die Behebung der finanziellen Notlage der Unfallversicherung sehr leicht gemacht, sie aber völlig einseitig durchgeführt. Opfer dieses rigorosen Rentenabbaues sind allein die Unfallverletzten und ihre Kinder und Witwen, ferner diejenigen, die ausschließlich die Mitglieder der Berufsvereinigungen, die Unternehmer, denen dadurch die Beiträge ermäßigt wurden. Weitere Maßnahmen zur Sanierung der Unfallversicherung sind nicht erfolgt. Die Papen-Regierung hat durch Abbau und teilweise Entziehung der Unfallrenten wohl den Unternehmern einen erheblichen Teil ihrer bisherigen Pflichten abgenommen, aber bisher ihnen weder ihre Vorrechte in der Verwaltung beschränkt noch gewagt, ihnen auch nur im entferntesten ähnliche finanzielle Opfer aufzuerlegen wie den Unfallverletzten.

Die Gewerkschaften haben zur Ausgestaltung und Festigung der Unfallversicherung nachstehende Vorschläge gemacht:

1. Zweckentsprechende Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung;
2. Einführung einer Gemeinlast für alle Träger der Unfallversicherung;
3. Verbesserung der Unfall- und Krankheitsverhütung, um dem Eintreten neuer Rentenfälle vorzubeugen;
4. Einführung einer unabhängigen Betriebsüberwachung auch für öffentliche Betriebe;
5. Erweiterte Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung;
6. Maßgebende Mitwirkung der Versicherten in der Unfallversicherung im Sinne des Artikels 161 der Reichsverfassung.

In dieser Richtung ist aber seitens der Regierung bisher nichts geschehen. Die Regierung hat sich nicht einmal entschließen können, eine bessere Bekämpfung der Betriebsgefahren zur Verhütung des Eintretens neuer Rentenfälle und damit weiterer Belastung der Unfallversicherung zu verlangen. Im Jahre 1930 sind in der gesamten Unfallversicherung für Rentenleistungen rund 356 Millionen Reichsmark ausgegeben worden. Demgegenüber steht die sehr geringe Summe von 9 Millionen Reichsmark für die Zwecke der Unfall- und Krankheitsverhütung. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn im gleichen Jahre 163 800 schwere und 9075 tödliche Unfälle eingetreten sind. Dadurch ist allein eine Steigerung der Rentenlasten um 15 Millionen Reichsmark innerhalb eines Jahres entstanden.

Diesem Raubbau an arbeitenden Menschen, dieser unverantwortlichen Vernichtung von Werten an Arbeitskraft und Gesundheit ist nur beizukommen, wenn es gelingt, den jetzt in sozialpolitischer Hinsicht gesteuerten Kurs zu ändern. Mit der jetzt betriebenen Unternehmerinteressenpolitik muß Schluss gemacht werden.

Ihr Opfer der Arbeit, ihr an Arbeitskraft und Gesundheit für immer geschädigten Unfallverletzten, denkt an die Behandlung, die euch durch die Papen-Regierung zuteil geworden ist, und auch ihr andern Arbeiter, die ihr noch im Vollbesitz eurer Leistungsfähigkeit seid, euch aber jederzeit das gleiche Schicksal ereilen kann, denkt ebenfalls daran und gebt am 6. November dieser Regierung die Antwort darauf.

Verstaatlichung der Schlüsselindustrien

Die bisherige Beherrschung der Schlüsselpositionen der Industriewirtschaft durch Privatmonopole hat zu den schwersten Schädigungen der Gesamtwirtschaft geführt. Die großen Wirtschaftsmächte halten mit Hilfe ihrer Monopolstellung künstliche Preisüberhöhdungen für die wichtigsten industriellen Grundstoffe, für Kohle, Eisen, Baustoffe, Düngemittel und sonstige chemische Erzeugnisse aufrecht. Der deutsche Inlandspreis ist doppelt so hoch als der Weltmarktpreis; Kohle, Zement, Industriechemikalien und Düngemittel werden im Inland übersteuert und ans Ausland verschleudert. Durch diese verhängnisvolle Monopolpolitik wird die Leistungsfähigkeit der verarbeitenden Industrien und der Landwirtschaft beeinträchtigt und die Arbeitsmöglichkeiten in Stadt und Land noch weiter verringert.

Willkürherrschaft, Monopolprofite und Machtkämpfe der einzelnen Kräftegruppen haben gewaltige wirtschaftliche Schädigungen verursacht, eine riesige Überkapazität und enorme Fehlinvestitionen herbeigeführt. Das Produktionsvermögen der Schlüsselindustrien ist durch diese Mißwirtschaft phantastisch überentwickelt worden, bis zu 100 % über die jemals erreichte Rekordproduktion. In der Montanindustrie sind in der Nachkriegszeit Milliardenbeträge verbaut, verrentiert und vergeudet worden. 300 Millionen Mark Fehlinvestitionen durch überflüssigen Neubau von Kokereien, 300 Millionen Mark durch unsinnigen Ausbau der Zementwerke, ebensoviel vergeudet durch das

Stoffstoffieber im Nacht- und Quotenkampf der Konzerne — das ist die Bilanz der Willkürherrschaft in den Volkswerten des Monopolkapitalismus.

Durch diese Mißwirtschaft sind in der Montanindustrie und den andern Schlüsselindustrien schwerste Krisenherde entstanden, die Arbeiter liegen auf der Straße, der Staat, das heißt die Allgemeinheit, muß die Verluste tragen; 100 Millionen Mark wurden bereits zur Stützung des Fiat-Konzerns, der den Stahlmarkt beherrscht, aufgewandt und Duzende von Millionen zur Sanierung anderer Industrien.

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verlangen die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die Überführung der natürlichen Bodenschätze sowie der ausschlaggebenden Grundstoffindustrien in Gemeineigentum. Diese Verstaatlichung und planmäßige Wirtschaftsführung der Schlüsselindustrien, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, ist nach dem Ansehn, das die Privatmonopole angedichtet haben, zu einer Existenzfrage für Staat und Volk geworden.

Nur wenn die Allgemeinheit über die Kommandohöhen der Wirtschaft verfügt, kann eine planmäßige



Ich möchte nur wissen, woher bei meinem Meister die Notverordnungen kommen. Schon wieder 1 Mark weniger.

Wirtschaftsführung an Stelle der heutigen Wirtschaftsanarchie, eine Bedarfsdeckungswirtschaft an Stelle der heutigen Profitwirtschaft angewandt und damit zugleich die Wiederkehr der furchtbaren Wirtschaftskrisen verhütet werden.

Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ist eine Etappe zum Endziel der sozialistischen Planwirtschaft, eine Etappe, die nur dann erreicht werden kann, wenn die sozialistische Arbeiterbewegung den Kampf um die Macht bei jeder Gelegenheit unter dem geschlossenen Einsatz aller ihrer Kräfte führt. Nur wenn die sozialistische Arbeiterbewegung die Macht im Staate wiedererobert und behauptet, wird der Weg zur Planwirtschaft frei.

Die Nazis nennen sich zwar auch „sozialistische Arbeiterpartei“, aber ihr Sozialismus ist Scheinsozialismus und Volksbetrug. Herr Thyssen und andere „Wirtschaftsführer“ der Schwerindustrie sind die Gönner und Geldgeber dieser „Arbeiterpartei“.

Nur die kämpfende Klassenbewusste Arbeiterbewegung wird den Umbau der Wirtschaft erzwingen und damit die Massen aus Elend und kapitalistischer Wirtschaftsnote befreien und ihnen in einer gerechten und vernünftigen Wirtschaftsordnung ein menschenwürdiges Dasein schaffen.

Etwas über das Lackhaben

„Aber Ernst, nimm es mir nicht übel, bei so einem Wetter draußen herumzulaufen, du bist ja klatschnaß.“
„Ja, zum Donnerwetter, was soll ich denn aus Langleweil anfangen? Im Sommer arbeitslos, im Winter nichts zu tun, so verkommt man ja fast. Ich könnte zwar die Küche streichen, die Schlafzimmerecken bedürfen eines neuen Anstriches, aber, woher nehme ich das Geld zum Material?“
„Ernst, du hast doch die Zigarrettenpackung schwarz lackiert, was soll denn das werden?“
„Ach, richtig, ich kann ja Lack schaben, da hab' ich wenigstens Unterhaltung.“

Lackhaben ist einfach und doch ein schöner Zeitvertreib. Mittergültige kunstgewerbliche Arbeiten sind auf diese Weise herzustellen. Auf dem einfachsten Stücken Blech (Zinn, Zinn, Messing, Kupfer) als Platte, bis zu den feinsten Vasen, Krügen, Tellern und Servietterringen, lassen sich hochwertige Verzierungen anbringen. — Ich brauche keine Servietten, mithin auch keine Ringe. Meine Industriefarbstoffsuppe würde ich täglich herunter, ohne mich zu belledern. Das ist die Macht der Gewohnheit. — Material wird nicht viel gebraucht; ein Stück Metall, feines Glaspapier, Puzpomade wird hintenherum in

der Küche gekauft, Spackel und kleiner Pinsel, Pauspapier, Bleistift, blaues oder schwarzes Durchschlagpapier, letzteres gibts eventuell im Verbandsbüro, eine Stopfnadel und ein scharfes Messer. Jetzt kann die Arbeit beginnen.

Die Metallplatte wird mit Glaspapier 00 nach einer Richtung abgerieben, mit Puzpomade fein nachgeputzt und sauber lackiert. Solange der Lack trocknet, ist Gelegenheit, den Entwurf in natürlicher Größe fertigzustellen. Hier sind den Gefühlen keine Grenzen gesetzt. Den Hintergrund der Zeichnung malt man am besten mit schwarzer Tusche oder Aquarellfarbe aus, das heißt die Ornamente bleiben als Papier stehen. Am nächsten Tage ist der Lack schön hart. Dann wird das Durchschlagpapier aufgelegt und die fertige Pausse darüber gebreitet. Am besten werden die Bogen irgendwie befestigt, um ein Verwischen zu vermeiden. Mit einem harten Bleistift wird die Zeichnung nachgezogen und drückt sich so auf dem Spackel ab. Die Vorarbeiten, im Beruf sind die Maler keine großen Freunde davon, zum Lackhaben sind beendet. Das Ornament, es kann auch Schrift sein oder aus Linien bestehen, wird mit scharfem, spitzem Messer fein sauber herausgeschabt, und zwar so, daß die blaue Metallfläche sichtbar wird. Zu feinen Linien wird die Nadel genommen. Als Maler können wir eventuelle Schäden mit Lack schön unsichtbar nachbessern. Auch Glasplatten lassen sich auf diese Weise bearbeiten, wobei natürlich das Schleifen und Putzen fortfällt. Die herausgekragten Flächen lassen sich dann mit Blattgold oder Stanniol hinterlegen.

Jetzt ran ans Werk! Wer den Mut nicht sinken läßt, wird reichlich belohnt. Noch ist kein guter Lackhaber vom Himmel gefallen.

Baugewerbliches

176 045 neue Wohnungen in Berlin.
Der katastrophale Niedergang der Berliner Bauwirtschaft im Jahre 1932 zeigt sich ganz besonders im Rückgang der Wohnungsbauten. Schon jetzt ist die Zahl der bezugsfähig fertiggestellten und die Zahl der begonnenen Wohnungen um je etwa 66 % zurückgegangen. Gleichwohl kann Berlin auf elf verhältnismäßig gute Jahre der Entwicklung zurückblicken, denn von 1921 bis 1931 sind in Berlin 176 045 Wohnungen gebaut, was bei einer mittleren Bevölkerungszahl von 4,111 Millionen im Durchschnitt 42,8 für das Tausend ausmacht.
Zieht man zum Vergleich die Verhältnisse in dreizehn weiteren deutschen Großstädten über 200 000 Einwohner heran, so ergibt sich, daß Berlin an achter Stelle steht, während Bremen, Hamburg und Köln die Spitze halten und Magdeburg, Chemnitz und Kiel den Schluß machen.

Reichsmittel für Eigenheimbau.
Nach Mitteilungen in der Tagespresse hat die Reichsregierung kürzlich beschlossen, 20 Millionen Mark zur Förderung des Bauens von Eigenheimen bereitzustellen. Für die Förderung kommen nach den Richtlinien, die demnächst veröffentlicht werden, Eigenheime in Betracht, deren Baukosten ohne den Wert des Grundstücks in der Regel zwischen 4000 und 8000 M liegen werden. Die nutzbare Wohnfläche der Wohn- und Schlafräume sowie der Küche darf höchstens 90 Quadratmeter betragen. Die Nebenräume müssen sich in den ortstüblichen Grenzen halten.

Das Reich wird Hypothekendarlehen zur Erleichterung der Finanzierung gewähren, die in der Regel 1500 M nicht übersteigen dürfen. Für kinderreiche Familien wird jedoch eine kleine Erhöhung der Baukosten zugelassen. Die Darlehen sollen mit 4 % verzinslich und mit 1 % tilgbar sein. Das Reichsdarlehen ist durch Eintragung einer Hypothek für das Reich zu sichern. Der Bauherr muß mindestens über ein Eigenkapital von 30 % verfügen und muß sich auch selbst die erste Hypothek besorgen. Die Regierungsmassnahme soll vor allem auch der Arbeitsbeschaffung dienen, um dem daniederliegenden Baugewerbe eine Anregung zu geben.

Mit dieser Maßnahme ist den wohnungslosen Arbeitern allerdings kaum geholfen, denn sie verfügen in der Regel nicht über 30 % der Baukosten und werden auch nur selten in der Lage sein, eine erste Hypothek zu schließen.

Wirtschaftspolitik

Der Reichsverband der deutschen Industrie zum Papenplan.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielt am 27. Oktober eine Sitzung ab, in der man sich neben andern Fragen auch mit dem Papenplan beschäftigte. Es bestand Einmütigkeit in der Auffassung, daß von der Industrie alle in dem Wirtschaftsprogramm liegenden Möglichkeiten ausgenutzt werden müssen. Zugleich wurde aber auch ausgesprochen, daß die Reichsregierung nicht zögern darf, das angekündigte Reformwerk, insbesondere hinsichtlich der Verminderung der öffentlichen Lasten und der endgültigen Sanierung der öffentlichen Haushalte beschleunigt und umfassend durchzuführen.

Die Industrie, wie überhaupt das gesamte Unternehmertum wird von der Papenregierung berart begünstigt, daß es schon verständlich ist, wenn es „seiner“ Regierung zu helfen sucht. Trotzdem hielten sie es für

**Die Freiheit ruft!
Millionenschrei:
Das Volk entscheidet
Liste zwei!
Sozialdemokraten!**

**Sprengt alle Fesseln!
Macht euch frei!
Volksbekenntnis: Liste zwei!
Sozialdemokraten!**

nötig, weitere Forderungen aufzustellen. Verminderung der öffentlichen Lasten heißt nämlich Abbau der Sozialunterstützungen, und Sanierung der Haushalte bedeutet: Wir wollen weniger Steuern zahlen. Bei der Einstellung der heutigen Reichsregierung ist auch nicht daran zu zweifeln, daß sie alles tun wird, den Unternehmerwünschen Rechnung zu tragen.

Sozialversicherung

Neuregelung der Unfallverhütung.

„Die Berufsgenossenschaften müssen dafür sorgen, daß, soweit es nach dem Stande der Technik und der Heilkunde und nach der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft möglich ist, Unfälle verhütet werden und bei Unfällen dem Verletzten eine wirksame erste Hilfe zuteil wird.“

So bestimmt grundsätzlich der § 84 der Reichsversicherungsordnung. Die Fassung dieser Vorschrift ist ziemlich dehnbar. Die folgenden Bestimmungen des Gesetzes enthalten noch nähere Bestimmungen hierüber (Erlaß und Inhalt der Unfallverhütungsvorschriften usw.) Die Unfallverhütung ist das einzige Gebiet, auf dem auch den Versicherten in der nur von Arbeitgebern verwalteten Unfallversicherung geringe Rechte eingeräumt sind. Bislang kämpften die in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeitnehmer vergebens um eine Erweiterung dieser Rechte. Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sind die Bestimmungen über die Unfallverhütung erheblich geändert worden. So haben die Berufsgenossenschaften das Recht erhalten, die der Genossenschaftsverammlung und dem Genossenschaftsvorstand obliegenden Aufgaben der Unfallverhütung und der Ueberwachung der Betriebe besonderen Organen zu übertragen. Den Organen der Berufsgenossenschaft müssen für die Unfallverhütung und ihre Ueberwachung Vertreter der Versicherten und ein Gewerbeaufsichtsbeamter angehören. Wichtig ist weiter, daß bei Entscheidungen die Vertreter der Versicherten die gleiche Stimmzahl haben wie die Unternehmervertreter einschließlich des Vorsitzenden. Bei Stimmgleichheit ist eine neue Sitzung einzuberufen, an welcher der Gewerbeaufsichtsbeamte teilnehmen muß. Es handelt sich hierbei um eine nicht unwesentliche Erweiterung der Rechte der Versicherten. Den reaktionären Verwaltungen der Berufsgenossenschaften ist dies selbstverständlich unangenehm. Der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften steht auf dem Standpunkt, daß diese Neuerung nicht zuletzt aus politischen Erwägungen erfolgt ist. Man will den durch die verschiedentlich erfolgten Rentenkürzungen in ihren Rechten geschmälernten Arbeitnehmern hierdurch eine Art von Ausgleich bieten. Die „Vollständige Zeitschrift“, eine führende Fachzeitschrift auf dem Gebiete der Sozialversicherung, schreibt hierzu: „Die Unternehmer empfinden es als einen Schlag ins Gesicht, daß ihnen die Rechte auf dem Gebiet der Unfallversicherung beschnitten werden sollen. Man ist besorgt, daß als Vertreter der Versicherten Gewerkschaftsfunktionäre berufen werden könnten. Durch deren Berufung bestünde die Gefahr, daß die sachliche Arbeit beeinträchtigt würde und die Politik in die Organe der Unfallverhütung getragen würde.“ Diese Auslassungen sind bezeichnend für die Einstellung der Unternehmer. Wenn die Rechte der Versicherten durch Rentenraub in nicht zu überbietender Weise beschnitten werden und dies noch auf Anlaß und Wunsch der Berufsgenossenschaften geschieht, so finden sie es ganz in Ordnung. Im Gegenteil findet man in vielen Geschäftsberichten der Genossenschaften die Meinung, daß der bisherige Abbau noch lange nicht den Erwartungen der Versicherungsträger entspricht. Werden jedoch die Rechte der Unternehmer in ganz geringfügiger Weise eingezogen, dann wird sofort in der allerhöchsten Weise vom Leder gezogen.

Die erwähnte Notverordnung gibt dem Reichsarbeitsminister die Ermächtigung, nähere Ausführungsbestimmungen über die Neuerungen zu erlassen und den Tag des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen festzusetzen. Der frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald hat bereits vor längerer Zeit einen Entwurf dieser Ausführungsbestimmungen veröffentlicht. In demselben ist grundsätzlich den Vertretern der Versicherten in bezug auf die Unfallverhütung völlige Gleichberechtigung zuerkannt. Gegen diesen Entwurf richteten sich die Angriffe der Genossenschaften. Es würde zu weit führen, auf diesen Entwurf hier näher einzugehen. Schließlich dürfte dies auch wenig zweckmäßig sein, weiß man doch nicht, ob sich der neue Reichsarbeitsminister Schäffer diesen Entwurf zu eigen machen wird. Es ist bezeichnend, daß die Ausführungsbestimmungen heute noch nicht erlassen sind, nachdem die Grundbestimmungen bereits seit fast einem Jahre (Dezember 1931) erschienen sind. Weiter mußte schon längst der Tag des Inkrafttretens festgelegt sein. Will man vielleicht die ganze Angelegenheit in der Verjüngung verschwinden lassen? K-S.

Vom Ausland

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund für die Arbeitslosenversicherung.

Gegen die Arbeitslosenpflichtversicherung hat der Amerikanische Gewerkschaftsbund bisher heftigen Widerstand geleistet. Dieser Widerstand war in erster Reihe auf die Befürchtung zurückzuführen, dass der Staat sich auch in andere Fragen der Gewerkschaftspolitik einmischen würde. Unter dem Druck der in riesigem Ausmaß zunehmenden Arbeitslosigkeit änderte der Vorstand des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes vor

kurzem seine bisherige Haltung und trat für die Einführung eines Arbeitslosenversicherungssystems ein. Die Zahl der Vollerwerbslosen im Juli 1932 wurde vom Gewerkschaftsbund auf 11 Millionen, die Zahl der Arbeitslosen im Winter auf 13 Millionen geschätzt. Das ist wohl mit die Ursache, warum auf der ganzen Linie in den Vereinigten Staaten ein Stimmungswandel in der Frage der Pflichtarbeitslosenversicherung zu verzeichnen ist. Der demokratische Präsidentschaftskandidat Roosevelt ist auch ein Anhänger der Arbeitslosenversicherung.

Ausbau und Abbau der Arbeitslosenversicherung.

In einer grossen Reihe von Staaten wurde infolge der Verschärfung der Krise die Arbeitslosenversicherung ausgebaut. In Belgien erfuhr die Arbeitslosenunterstützung der Saisonarbeiter eine neue Regelung, in Dänemark wurden die Arbeitslosenkassen ermächtigt, die Zahl der Unterstützungstage zu verdoppeln, in Portugal wurde eine Hilfskasse zur Unterstützung der Arbeitslosen geschaffen, in Schweden wurden die Mittel für die Arbeitslosenhilfe erhöht. Die zerrütteten Finanzen Polens und der faschistische Grundzug seiner Sozialpolitik erklären die starke Verminderung der Erwerbslosenunterstützung.

Mythenreden

Heinz Neumanns Sturz

Wer Heinz Neumann ist? Nun, einer von den Führern der KPD, an dessen geradem Lenin-Kurs, hundertprozentigem Innehalten der Generallinie bisher kein Mitglied der KPD zweifeln durfte. Wer es doch wagte, litt an Links- oder Rechtsabweichungen und wurde entsprechend behandelt. Nun hat man Heinz Neumann kaltgestellt. Warum? Man wirft ihm Geseliten vor. So hält man nichts mehr von seiner Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“, und auch die Formulierung, „daß mit der Regierung Brüning der Faschismus bereits da sei“, gefällt jetzt nicht mehr. Vor allem aber soll Heinz Neumann nicht völlig den Ansinn glauben, daß die sozialdemokratische Opposition nur „ein linkes Betrugsmanöver“ sei. Also wohl eine Rechtsabweichung, die geahndet werden mußte. Wie viele Führer in der KPD haben schon von sich behauptet, den allein richtigen revolutionären Weg zu gehen? Bis oft auf Verlangen oder Befehl „Moskaus“ andere kamen und die bisher Gefeierte als Verräter gebrandmarkt wurden. Wer wird der nächste sein, der, heute noch auf stolzen Rossen, morgen schon erledigt ist.

Wien—Graz auf der Malerleiter.

Wir entnehmen „Die Farbe“, Nr. 18, Wien, 25. September 1932, folgende Notiz: Am 8. September 1932 ist der Wiener Maler- und Anstreichergehilfe Karl Raut auf seiner Leiter wohlbehalten in Graz eingetroffen. Raut hat somit einen Weltrekord aufgestellt, der nicht sobald geschlagen werden kann. Vor Jahren haben ebenfalls zwei Wiener Malergehilfen eine Leiterreise nach Sing angetreten, sind aber schon in Umstetten mit ihren Kräften fertig gewesen. Auch in England, Frankreich und Ungarn haben Maler versucht, größere Leiterreisen zu unternehmen, sie alle sind aber über 50 Kilometer nicht weit hinausgekommen. Raut hat die Strecke Wien—Graz, mit den gemachten Umwegen rund 280 Kilometer, in 28 Tagen zurückgelegt. Er hat also eine Durchschnittsleistung von zehn Kilometer am Tag vollbracht. Raut hat acht Kilogramm an Körpergewicht abgenommen. In den Schenkeln weist er Narben auf, da ihn besonders die ersten Tage sehr hernahmen. Die Leiter ist um siebzehn Zentimeter kürzer geworden. Raut, der ausgefeuert ist und für Frau und Kind zu sorgen hat, wollte durch die Leiterreise die Öffentlichkeit auf seine Not aufmerksam machen. Seinen Lebensunterhalt hat er sich während der Reise durch Verkauf von Ansichtskarten verdient.

Literarisches

Ein neues Reisebuch, das die Büchergilde Gutenberg im 3. Quartal 1932 von Armin E. Wegner, in Leinen gebunden 2,70 Mark, herausbringt, nennt sich „Jagd durch das tausendjährige Land“. Dieses mit vielen Bildern ausgestattete Buch

Wir hämmern die Front!

- Wir hämmern die Front Aus Eisen, aus Stahl —
- Wir hämmern die Front Der Novemberwahl!
- Wir hämmern die Front Bei Tag und bei Nacht!
- Wir hämmern die Front Der eisernen Wacht!
- Wir hämmern die Front Gegen Hunger und Not,
- Wir hämmern die Front Für Arbeit und Brot!
- Wir hämmern die Front Der Massenpartei,
- Wir hämmern die Front Der Liste zwei!
- Vorwärts! Wir marschieren!

beweist erneut den Wert der historisch beschriebenen „Reportage“. Armin E. Wegner weiß so fesselnd von seiner Reise durch das tausendjährige Land zu erzählen, daß schon allein durch die Art der Darstellung sein Buch weit über alle Befürchtungen von „Land und Leuten“ hinausgerückt wird. Aber es ist nicht nur das atemberaubende Tempo dieser Reise und seiner Erzählung, es sind nicht nur die beständigen Strapazen des Abenteurers, die den Leser fesseln, es ist vielmehr das tiefe Wissen von den Dingen und von den Menschen, und dieses Wissen wurde nicht auf einer flüchtigen Reise erworben. Das besonders Wertvolle an diesem Buch ist, daß wir auch von den Arbeitsverhältnissen und den politischen Problemen in diesem Lande erfahren. Es sind also nicht nur aufregend und zum Bemaße fassend, die der Verfasser am Auge des Lesers vorbeiziehen läßt, sondern er läßt auch hinter die Kulissen der farbigen Außenwelt blicken. Die Büchergilde Gutenberg hat mit dieser Neuerscheinung die wertvolle Reihe ihrer Reisebücher und populärwissenschaftlichen Darstellungen um einen interessanten Gegenstand und ein schönes Buch bereichert.

Wir bauen eine neue Welt. Dieser Satz sind im Dies-Verlag, Berlin, drei neue John-Bennig-Broschüren erschienen, die geeignet sind, unsern großen Offensivkampf für den Sozialismus auf das wirksamste zu unterstützen. Die erste Broschüre ist von Eugen Bräuer geschrieben und heißt: „Du und ich — wir bauen auf.“ Diese Schrift enthält in geklärtester Darstellung unsere Sozialreformforderungen, für deren Durchführung wir uns in diesen Wochen in aller Öffentlichkeit bekennen und auch im nächsten einlesen werden. Die andere Broschüre hat Walter Bode zum Verfasser und heißt sich: „Sozialismus — ja oder nein?“ Es ist wohl unnötig zu sagen, daß diese kleine Werkschrift ein einziges Dokument für die menschenheitsbeglückende Idee des Sozialismus ist.

Eine ganze Selbstgalerie gekürzter Größen des Kapitalismus marschiert in den 16 Seiten der aufschlußreichen neuen Broschüre „Von Stinnes bis Brüning“ auf. Beim Lesen dieser Schrift wird jedem klar, daß diesem kapitalistischen System nicht mehr zu helfen ist. Ueber die Schrift werden alle Sozialisten freudig lesen. Sollen sie! Wir werden nicht müde werden, immer und immer wieder durch Klatsche und nicht wegzuwehende Beispiele dem Kapitalismus die eigene Mäule vorzuhalten. Diese kleinen wertvollen Schriften müssen in großen Massen unter der wertvollen Bevölkerung Verbreitung finden. (Zu haben in der Volksbuchhandlung, deren Filialen über den Kolporteur.)

Dr. Gregor Dienstock: „Kampf um die Nacht“ — Zur neuen Politik der Sozialdemokratie. Preis 10 S. E. P. a. u. b. s. e. B. e. l. a. g. s. h. a. n. d. l. u. n. g. m. b. H., Berlin W 30. Ausgegeben von dem entscheidenden Schlag, den die Reaktion gegen die Arbeiterklasse führt, untersucht Dienstock die Ursachen des Mißerfolges der deutschen Revolution, er zeigt die Machtfaktoren auf, die heute im wesentlichen die politische Lage bestimmen. Dienstock verlangt auf Grund dieser Analyse eine Neuorientierung der Partei, durch die dem Proletariat der Wille zur Macht gestählt und die Sozialdemokratie befähigt wird, den Kampf um die Nacht im Staate mit allen Mitteln zu führen, die ihr die Geschichte zur Verfügung stellt.

Verminntmachungen

Kollege Fritz Kühner, geboren 28. August 1912 in Bayreuth, eingetreten 27. Mai 1929 in Bayreuth, Buchnummer 87254, hat am 24. September 1932 in der Nymphenburger Straße in München sein Verbandsbuch, Invalidenkarte, Radfahrerausweis, Naturfreundeausweis mit Lichtbild samt der Brieftasche verloren.

Sollte die Brieftasche mit den erwähnten Gegenständen oder einzelne Ausweise gefunden werden, bitten wir, diese an die Hauptverwaltung einzuliefern.

Der Verbandsvorstand.

Vom 30. Okt. bis 5. Nov. ist die 44. Beitragswoche, Vom 6. Nov. bis 12. Nov. ist die 45. Beitragswoche.

Sterbetafel

- Dresden. (Zahlstelle Großenhain.) Am 22. Oktober starb unser invalide Kollege Gustav Weidner im Alter von 65 Jahren. — (Zahlstelle Radeberg.) Nach 28jähriger treuer Mitgliedschaft starb am 18. Oktober unser Kollege Hermann Becker an Herzschwäche im Alter von 61 Jahren.
- Potsdam. Am 19. Oktober ist unser ein alter Veteran durch den Tod entrisen worden. Mit Konrad Kruse, geboren 22. Juli 1866, eingetreten 2. April 1900, ist ein treuer Kämpfer aus unsern Reihen geschieden.
- Schwerin. Unser treuer Kollege Fr. Schmiedemann starb am 14. Oktober nach längerer Krankheit, im Alter von 62 Jahren. Unserer Organisation gehörte er seit 1909 an.
- Wuppertal. Im Alter von 41 Jahren starb am 19. Oktober nach langer, schwerer Krankheit unser Kollege Heinrich Brakelmann.

Ehrendem Andenken!

Billige Bücher für den Maler

- Materialkunde für Maler . . . 1,60
- Farbenmerkblätter . . . 1,-
- ABC des jungen Malers (Hengst) . . . 3,-
- Katechismus für Gehilfen- und Meisterprüfung . . . 5,-
- Anleitung zum Farbmischen . . . 2,-
- Farben und Farbharmone Kunststiltunterscheidungen, illustriert . . . 2,-
- Blumenmalerei, illustriert . . . 2,50
- Oelmalerel, illustriert . . . 2,-
- Aquarellmalerei, illustriert . . . 2,50
- Temperamalerei, illustriert . . . 2,50
- Pastellmalerei, illustriert . . . 2,50
- Skizzieren auf Wanderungen, illustriert . . . 1,75
- Federzeichnen, illustriert . . . 2,50
- Technik der Holzmalerei, illustriert . . . 1,-
- Neue Einstellung der Schriften . . . 1,-
- Anleitung zum Kostenberechnen . . . 2,-

Verlag „Fachblatt der Maler“, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10, oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes

EIN OFFENES WORT AN ALLE

LUISE OTTO

VORBEUGEN NICHT ABTREIDEN

Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen. 113 bis 135 Tausend. Mit viel Abbild. — Vorzensend. Mk. 1,- portofrei. (Verschluss Brief.) W. Pfannkuch & Co., Magdeburg.

Schablonenschneideapparat D. R. G. M. Zum Anschließen an die Nähmaschine, für nur 4.4. Schneidet zehn Schablonen oder drei Spritzkarton mit Leichtigkeit. Nachnahme 40.4 mehr. A. Liar, Maler, Billigheim (Pfalz).